

Mit einem Prozeß der Entsolidarisierung, der mit dem Zusammenbruch des deutschen Nationalstaats 1945 einsetzte, begann auch die Entfremdung zwischen den Menschen in West- und Ostdeutschland: Politiker in den Westzonen übernahmen Verantwortung für die Neuordnung des Gemeinwesens unter der Obhut „ihrer“ Besatzungsmacht, ohne sich um die Rückwirkungen auf die Ostzone zu kümmern. Die Solidargemeinschaft aller Deutschen blieb zwar als Idee erhalten, doch in der Praxis traten Sein und Bewußtsein, Taten und Worte immer weiter auseinander.

Entfremdung

Zur Dekomposition der deutschen Nation nach 1945 / Von Wilfried Loth

Daß die Deutschen in Ost und West einander fremd geworden sind, ist nicht nur auf 40 Jahre der Zugehörigkeit zu gegensätzlichen Gesellschaftssystemen zurückzuführen. Mindestens ebenso wichtig für ihre Entfremdung, aber bislang kaum begriffen, war der Umstand, daß mit dem Zusammenbruch des deutschen Nationalstaats 1945 ein Prozeß der Entsolidarisierung einsetzte. Er führte dazu, daß – wie heute konstatiert werden muß – aus Deutschen Ossi und Wessi wurden.

Die verlorene Solidarität

Die Teilung in den Köpfen setzte schon ein, als der Bruch zwischen den Besatzungsmächten noch in weiter Ferne lag. Konrad Adenauer etwa, im Mai 1945 von den Amerikanern wieder eingesetzter Oberbürgermeister von Köln, empfahl sich französischen Besatzungsoffizieren am 1. September 1945 als Anwalt einer staatsrechtlichen Organisation des Rheinlandes im Rahmen eines Föderalismus „kleiner deut-

scher Staaten“. „Die beste Aussicht auf volle Verwirklichung des erstrebten Zweckes“, hielt der Schweizer Generalkonsul von Weiss Adenauers Ansichten fest, „würde die Bildung eines Territoriums sein, das die ganzen Rheinlande und dazu das wirtschaftlich dazu gehörende ganze Industriegebiet, möglichst einschließlich Münster, sowie das Siegerland umfaßt.“¹ Zwei Wochen später regte er in einem Memorandum an die französische Militärregierung an, dieser Rheinstaat könne mit den bei-



Foto: Mathias Löber

Professor für Neuere Geschichte an der Universität GH Essen und Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum NRW: Dr. Wilfried Loth.



Neugewonnener Wohlstand im Westen: Zur Fertigstellung des 500 000. Volkswagens veranstaltete das VW-Werk für seine Angehörigen ein „Autoroulette“, in dem fünf Käfer ausgespielt wurden.

Quelle: Zentner: Aufstieg aus dem Nichts, o. J., o. O.

den anderen Staaten, die dann diesseits der Grenze zur russischen Besatzungszone wohl noch zustande kämen, „ein loses, dem Commonwealth entsprechendes völkerrechtliches Gebilde werden.“²

Als Otto Grotewohl, damals Vorsitzender des in Berlin konstituierten Zentralausschusses der SPD, zur gleichen Zeit auf eine rasche Neuorganisation der sozialdemokratischen Partei in allen vier Besatzungszonen drängte – für ihn ein Mittel, dem Druck der Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone zu entgehen und der Sozialdemokratie im neuentstehenden Deutschland die führende Rolle zu sichern –, stieß er in den Westzonen auf erheblichen Widerstand und Ablehnung. Die Herstellung einer reichseinheitlichen SPD, hieß es etwa in einem Schreiben des SPD-Bezirks Westliches Westfalen an Kurt Schumacher vom 21. September 1949, sei ein Problem der Zukunft und nicht der Gegenwart. „Jetzt“, so wörtlich, „sitzt uns das Hemd näher als der Rock.“³ Entsprechend scheiterte Grotewohl auf der Parteiführerbesprechung Anfang Oktober in Wennigsen bei dem Versuch, den Zentralausschuß durch Hinzuziehung von Vertretern der Westzonen und des alten Parteivorstands von London zu einer provisorischen Parteiführung für alle vier Zonen auszubauen; statt dessen erhielt Schumacher das Mandat, als „Beauftragter“ für die Partei der drei Westzonen zu sprechen, während dem Zentralausschuß die Zuständigkeit für die Ostzone zugesprochen wurde. Solange es keine Einheit des Reiches gebe, könne es auch keine reichseinheitliche SPD geben, beschied Schumacher den verdutzten Ostzonen in eigenwilliger Umkehrung der Grotewohlschen Logik.

Ähnlich die Situation im Saarland. Fünf Wochen nach der Konferenz von Wennigsen, am 10. November 1945, trafen sich saarländische Christdemokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten in St.

Ingbert, um über die Wiederherstellung politischer Parteien an der Saar zu konferieren. Dabei einigten sie sich unter anderem darauf, eine positive Haltung gegenüber der französischen Politik einnehmen zu wollen – durchaus in Kenntnis der Tatsache, daß diese darauf zielte, alle Verbindungen zwischen dem Saarland und dem übrigen Deutschland zu kappen. Bei den Wahlen zur ersten „Gesetzgebenden Versammlung“ des Saarlandes, die knapp zwei Jahre später stattfanden, stimmten 82,5 Prozent der Wähler für Parteien, die sich zur Wirtschaftseinheit der Saar mit Frankreich bekannten. Mehr noch: Als im Juni 1947 einige Gemeinden, die die französische Militärregierung ein Jahr zuvor dem Saar-Bezirk zugeschlagen hatte, an Rheinland-Pfalz zurückgegeben wurden, gingen die Bürger von Saarburg und Konz (südlich von Trier) protestierend auf die Straße: Die Versorgungslage im französischen Wirtschaftsgebiet war so signifikant besser, daß demgegenüber die Frage der Zugehörigkeit zu einem wie auch immer gearteten deutschen Staatsverband keine Rolle spielte.

Was solchen Bekundungen von Partikularismus und Pragmatismus, denen sich mühelos weitere hinzufügen ließen, die strategische Bedeutung verlieh, war ihre Verbindung mit der Furcht vor der Roten Armee und dem Bolschewismus. Für Adenauer war seit September 1945 klar, daß „der von Rußland besetzte Teil“ des Reiches „für eine nicht zu schätzende Zeit für Deutschland verloren ist“.⁴ „Rußland“, schrieb er in einer Ausarbeitung für den Duisburger Oberbürgermeister Heinrich Weitz am 31. Oktober 1945, „entzieht sich immer mehr der Zusammenarbeit mit den anderen Großmächten und schaltet in den von ihm beherrschten Gebieten völlig nach eigenem Gutdünken. In den von ihm beherrschten Gebieten herrschen schon jetzt ganz andere wirtschaftliche und politische Grundsätze als in dem übrigen Teil Europas. Damit ist die Trennung in

Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache.“ Seine Überlegungen zur staatlichen Neuorganisation der Deutschen beschränkten sich fortan auf den „nicht von Rußland besetzten Teil Deutschlands“; und der war für ihn „ein integrierender Bestandteil Westeuropas“.⁵

Uralte Ängste

Zusammen mit dem Abschreiben der Ostzone entwickelte sich die Furcht vor einer weiteren Expansion des Kommunismus: „Die Gefahr ist groß,“ alarmierte er im März 1946 den Sozialdemokraten Wilhelm Sollmann, einen alten Bekannten aus der Weimarer Zeit, der in die USA emigriert war. „Asien steht an der Elbe.“ Und weiter: „Nur ein wirtschaftlich und geistig gesundes Westeuropa unter Führung Englands und Frankreichs, ein Westeuropa, zu dem als wesentlicher Bestandteil der nicht von Rußland besetzte Teil Deutschlands gehört, kann das weitere geistige und machtmäßige Vordringen Asiens aufhalten.“⁶ Ein wirtschaftlich und politisch konsolidiertes Westdeutschland als Partner des Westens im Kampf gegen die sowjetische Expansion – das war von nun an die Vision, die er für die Zukunft der Deutschen vor Augen hatte.

Bei Kurt Schumacher lagen die Dinge nicht viel anders. Auch wenn er sich an nationaler Zuverlässigkeit von niemandem übertreffen lassen wollte und den Gegensatz zwischen den liberalen Ordnungsvorstellungen der amerikanischen Führungsmacht und seinen sozialistischen Zukunftshoffnungen deutlich empfand: Im Abschreiben der Sowjetzone stand er Adenauer nicht nach. Die persönliche Rivalität gegenüber Grotewohl in der Auseinandersetzung um eine reichsweite Organisation der SPD war demgegenüber nur ein Nebenaspekt. In der Hauptsache lehnte er sie ab, weil für ihn in der Ostzone keine sozialdemokratische Politik möglich zu sein schien, so-

lange dort die Sowjetunion als Besatzungsmacht präsent war, und weil er fürchtete, über eine gesamtdeutsche SPD könne die Sowjetmacht sogar auf die Entwicklung in den Westzonen Einfluß nehmen. Folglich konzentrierte er sich von vorneherein auf den Aufbau einer starken sozialdemokratischen Partei in den Westzonen, die sich durch demonstrativen Antikommunismus Einfluß bei den westlichen Besatzungsmächten verschaffen sollte. Für die Ostzonenossen, die im Winter 1945/46 von der sowjetischen Besatzungsmacht immer stärker zur Vereinigung mit den Kommunisten gedrängt wurden, hatte er nur den Rat übrig, die Partei im Osten doch aufzulösen.

Verdrängungen

Im Rückblick mögen Äußerungen dieser Art zunächst als Ausdruck besonderer Klarheit, illusionsloser Nüchternheit und weitsichtiger Gestaltungskraft erscheinen. Als Adenauer erste Elemente dieser Überlegungen vom Herbst 1945 zwanzig Jahre später im ersten Band seiner „Erinnerungen“ der Öffentlichkeit zugänglich machte,⁷ hatte dies auch genau diesen Effekt; und in der deutschen Sozialdemokratie gilt die Entscheidung von Wennigsen bis heute weithin als mutiger Akt des Widerstands gegen die kommunistische Expansion.

Schaut man jedoch etwas genauer hin, wird rasch deutlich, daß das frühe Drängen auf Kappung der Verbindungen zum Osten und Errichtung eines Weststaates gerade nicht auf einer realistischen Einschätzung der Situation beruhte, sondern auf diffusen Ängsten in Verbindung mit der instinktiven Neigung, in einer unübersichtlichen Situation auf die sicherere Bank zu setzen. Seit die östlichen Archive zugänglich geworden sind, können wir noch deutlicher als zuvor erkennen, daß Stalin bei Kriegsende weder ein kommunistisches Gesamtdeutsch-



„Politische Einheit“ im Osten: Ost-Berlin, Unter den Linden, am 1. Mai 1949.

Quelle: Deut. Hist. Museum: Deutschland im Kalten Krieg 1945 bis 1963, Berlin 1992.



Die Notizen Wilhelm Piecks aus der Unterredung mit Stalin vom 4. Juni 1945.

Quelle: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck - Aufzeichnungen, Berlin 1994.

land im Sinn hatte noch eine Teilung Deutschlands in eine östliche und eine westliche Hälfte, die ihm die Chance gab, das Sowjetmodell wenigstens in der eigenen Besatzungszone durchzusetzen.

Vielmehr zielte er, wie es im Aufruf der KPD vom 13. Juni 1945 hieß, auf die „Vollendung der bürgerlichen Revolution von 1848“, und das im Verein mit den westlichen Siegermächten, unter der gemeinsamen Anleitung und Kontrolle durch die Sieger. Nur so schien es ihm möglich, die Wurzeln des Nationalsozialismus auszurotten und eine neue Koalition gegen die Sowjetunion zu verhindern; nur so, unter einer Viermächteverwaltung, war es auch möglich, an Reparationslieferungen aus dem Westen Deutschlands heranzukommen, die für den Wiederaufbau der Sowjetunion dringend erforderlich waren. „Einheit Deutschlands sichern“, notierte Wilhelm Pieck bei einer Lagebesprechung mit Stalin am 4. Juni 1945. Und weiter unter dem Stichwort „Charakter des antifaschistischen Kampfes“: „Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution / bürgerlich-demokratische Regierung / Macht der Rittergutsbesitzer brechen / Reste des Feudalismus beseitigen.“⁸ Ulbricht brachte von einer weiteren Unterredung mit Stalin Anfang Februar 1946 die Einschätzung mit, daß die Lage in Deutschland „ganz anders“ sei als seinerzeit in Rußland: „In Rußland kürzester Weg (zur) Herrschaft der Arbeiterklasse. / Im Westen par(amentarische) Traditionen / auf demokrat(ischem) Weg zur Arbeitermacht / nicht Diktatur.“⁹

Im Lichte solcher internen Äußerungen Stalins erweist sich die Auffassung, Asien stehe an der Elbe und drohe bis zum Atlantik vorzudringen, vollends als Reflex uralter Zivilisationsängste und auf die Ereignisse von 1917/18 zurückgehender Revolutionsfurcht, die beide von der nationalsozialistischen Propaganda kräftig geschürt worden wa-

ren. Die Nachrichten von den Ausschreitungen der Roten Armee und der brutalen Art, mit der die sowjetische Besatzungsmacht bisweilen mit eigenständigen Politikern umsprang, gaben ihr zwar neue Nahrung; zu dem Bild von der „roten Flut“ konnten sie sich aber nur zusammenfügen, wenn man die Realitäten in der sowjetischen Besatzungszone und der sowjetischen Deutschlandpolitik und der sowjetischen Deutschlandpolitik wahrhaben, daß der Krieg im Osten kein Präventivkrieg gegen eine bolschewistische Aggression gewesen war – hätte eine solche Einsicht doch unweigerlich die Frage nach der Mitverantwortung für einen Raub- und Vernichtungskrieg ungeheuren Ausmaßes zutage gefördert. Und nicht wenige, die die Realität des Ostfeldzugs kannten, fürchteten insgeheim, jetzt werde den Deutschen mit gleicher oder noch schlimmerer Münze heimgezahlt werden.

Das Scheitern der Brückenkonzepte

Die Motivkomplexe, die zur Ab-sperrung von der sowjetisch besetzten Zone führten, waren im einzelnen unterschiedlich zusammengesetzt. Bei Schumacher war es nur die an sich gut begründete Entschlossenheit, kommunistische Umklammerungsversuche zurückzuweisen, verbunden mit einem fatalen Hang zu kurzichtigem Alles-oder-nichts-Denken. Adenauer dagegen verfügte über ein bemerkenswertes Gespür für Chancen für das von ihm repräsentierte Milieu und wurde zugleich von einer Mischung aus Skeptizismus und fundamentaler Ängstlichkeit getrieben. Für viele war die sowjetische Gefahr sehr real; für andere war sie ein vager Verdacht, dem man im Zweifelsfalle Rechnung trug, und für manche auch nur ein Vorwand, mit dem die eigene Bequemlichkeit legitimiert werden konnte. Das Ergebnis aber war jedesmal das gleiche: Die Teilung wurde in den

Köpfen vorweggenommen, noch ehe sie auf der Ebene der Entscheidungen der Siegermächte Realität wurde. „Die Zonen entwickelten sich mit gefährlicher Schnelligkeit auseinander“, notierte der Leipziger Privatdozent Hermann Mau nach einer Reise nach München im März 1946.¹⁰

In der deutschen Öffentlichkeit wurde wohl zunächst häufig die Forderung laut, Deutschland solle eine Brücke zwischen Ost und West bilden. Jakob Kaiser, der das Brückenkonzept besonders offensiv vertrat, konnte sich in den ersten beiden Nachkriegsjahren mit einigem Recht nicht nur als der künftige Führer der gesamtdeutschen CDU fühlen, sondern auch als der kommende Mann im neuen Deutschland. Indessen reichte der Einfluß der Bedenkenträger und Partikularisten hin, um eine gesamtdeutsche Artikulation der Deutschen zu verhindern. Alle Anläufe zur Schaffung einer „gesamtdeutschen Repräsentation“ der Parteien oder der Länder scheiterten; eine gesamtdeutsche Parteiorganisation gab es bei den Christdemokraten ebensowenig wie bei der SPD.

Im Sommer 1948 sorgte dann die brutale Sperrung der Zufahrtswege nach West-Berlin – im Rückblick der größte taktische Fehler der sowjetischen Deutschlandpolitik – dafür, daß Widerstand der Westdeutschen gegen die von den Westmächten angeordnete Weststaatsgründung ausblieb. Als Adenauer 1950 daranging, die Konsequenzen aus der Option für den Weststaat durchzusetzen – die Wiederbewaffnung im Rahmen des westlichen Bündnisses –, gab es wohl heftigen und zum Teil sehr emotional artikulierten Widerstand. Der Kreis derjenigen, die wie Gustav Heinemann forderten, daß eine realistische Friedensregelung auch den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion Rechnung tragen müsse, blieb jedoch bemerkenswert klein. So konnte sich Adenauer schließlich auch mit seinem sicherheitspolitischen Programm durchsetzen – getragen von

einer Mischung aus überdimensionierter Furcht vor den teuflischen Plänen der Sowjetmacht, Illusionen über den Preis, den die Deutschen für den verlorenen Krieg zu zahlen hatten, und dem zunehmenden Bewußtsein, daß die Westdeutschen unterdessen Wohlstand und Einfluß aufs Spiel setzten, wenn sie einen gesamtdeutschen Neuanfang wagten. „Keine Experimente“ wurde nicht zufällig zu dem überaus erfolgreichen Wahlslogan des Jahres 1957.

In der Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung wurde damit auch deutlich, daß im westlichen Deutschland der Antikommunismus den Nationalismus als gesellschaftliche Basisideologie abgelöst hatte. Eine mächtige „Wiedervereinigungspartei“ gegen die Politik Adenauers, wie sie der junge Rudolf Augstein seit dem März 1951 im SPIEGEL forderte, konnte folglich nicht entstehen. Die Westmächte, die eine solche Gegenbewegung gegen ihre Politik der Westintegration insgeheim immer befürchtet hatten, registrierten das zunächst mit ungläubigem Erstaunen, dann mit zunehmender, wenn auch nie restloser Erleichterung. Stalin aber, der alle seine Hoffnungen auf das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen gesetzt hatte, mußte erleben, daß alle seine Initiativen wirkungslos verpufften und seine deutschlandpolitische Strategie somit vollkommen ins Leere lief.

Ausstieg aus der gemeinsamen Verantwortung

Nun hat diese Geschichte auch noch eine andere Seite. Auch im östlichen Teil Deutschlands gab es Politiker, die die andere Seite in einem Maße abschrieben, wie es durch die Entscheidungslage auf der Ebene der Siegermächte keineswegs vorgegeben war. Insbesondere Walter Ulbricht trieb seit dem Frühjahr 1948 die sozialistische Revolution – oder was er darunter verstand – in der Ostzone voran, ohne weiter auf die



Wilhelm Pieck bei der Eröffnungsansprache zur konstituierenden Sitzung der DDR-Volkskammer am 7. Oktober 1949.

Quelle: Süddeutscher Verlag.



Vom „Stoßtrupp gegen bolschewistische Zersetzung“ aus führt in Bayern um 1952 herausgegebenes Plakat.

Quelle: Deut. Hist. Museum: Deutschland im Kalten Krieg 1945 bis 1963. Berlin 1992.

Situation in den westlichen Besatzungszonen Rücksicht zu nehmen. Er ging damit „über das Ziel der Moskauer Politik hinaus“, wie der politische Berater der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Wladimir Semjonow im Frühjahr 1948 im Gespräch mit Otto Grotewohl urteilte.¹¹ Versuche, ihn zu stoppen, die es durchaus gegeben hat, scheiterten regelmäßig an der Ineffizienz des sowjetischen Administrationssystemes.

Auch standen die politisch Verantwortlichen in der SBZ und frühen DDR den Protagonisten der westdeutschen Bundesrepublik hinsichtlich des Ausmaßes ihres Realitätsverlustes in keiner Weise nach. Wilhelm Pieck etwa behauptete im Gespräch mit Stalin im Mai 1950 allen Ernstes, „in Westdeutschland und Westberlin“ gäbe es bislang „keine demokratischen Rechte für freie Wahlen – sondern Besatzungsstatut u(nd) Unterdrückung der fortschrittlichen Presse u(nd) Organisationen“. In der Republik – Pieck kennt da nur eine – herrschten dagegen „Voraussetzungen für freie Wahlen in einem freien Land. Hier bringen die Wahlen den Einfluß und die Anteilnahme der Volksmassen an der Staatsverwaltung zum Ausdruck, hier wird über das Regierungsprogramm und die Arbeit der Regierung entschieden.“ Von den Wahlen zur Volkskammer und zu den Länderparlamenten, die für den kommenden Oktober geplant waren, erwartete er sich „große Auswirkung auf den Westen“ – sprich eine Mobilisierung der Deutschen im Westen gegen ihre Unterdrücker.¹²

Solche Momente der Selbstabgrenzung der Ostzonenmachthaber ändern aber nichts an der Tatsache, daß die Deutschen im Westen, deren Entscheidungsfreiheit ungleich größer war und die in zunehmendem Maße Verantwortung für ihre Kommunen, ihre Region, schließlich für das westliche Deutschland insgesamt wahrnahmen, als Verbündete des Westens im kalten Krieg aus der

gemeinsamen Verantwortung der Deutschen für ihre Vergangenheit ausstiegen. Die Bundesrepublik erhob wohl den Anspruch, für das gesamte deutsche Volk zu sprechen; de facto war sie aber ein Unternehmen der Westdeutschen und der Westberliner, bei dem die Deutschen im Osten nicht weiter gefragt wurden, und je stärker sie ihre Rolle im westlichen Bündnis wahrnahm, desto ungewisser wurde die Zukunft der einstigen Staatsnation.

In der sowjetischen Besatzungszone ist die Option für den Westen häufig als ein Imstichlassen empfunden worden. Wolfgang Schollwer, damals 26jähriger Landesgeschäftsführer der LDP in Brandenburg, notierte am 17. April 1948 in sein Tagebuch: „Die sechzehn am Marshallplan beteiligten Länder unterzeichneten eine Charta, in der sie sich zu wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit verpflichten. Die Westzonen sind in diese Zusammenarbeit mit einbezogen. An uns denkt niemand mehr.“¹³ Als Ministerpräsident Erhard Hübener zwei Monate später in einer Rede bemerkte, die Londoner Empfehlungen zur Einberufung des Parlamentarischen Rates hätten ihn „entsetzen, aber nicht überraschen können“, weil er schon bei früheren Besuchen in den anderen Zonen festgestellt habe, daß der Westen die sowjetische Zone längst abgeschrieben habe, kommentierte Schollwer das mit dem bitteren Satz: „Den Eindruck haben wir wohl alle!“¹⁴

Im Westen aber nahm man die Option für den Weststaat kaum als Abschreiben wahr – teils, weil man davon überzeugt war, keine Alternative zu haben, und zum Teil, weil man Hoffnungen hegte, eine Stabilisierung der Verhältnisse im Westen werde über kurz oder lang auf den Osten ausstrahlen und die Sowjets zum Rückzug aus der Sowjetzone zwingen. „Auf diese Weise“, schrieb der Leiter des Zentralamts für Ernährung und Wirtschaft der britischen Zone, Hans Schlange-Schö-

ningen zum Schluß eines Plädoyers für die Errichtung eines westdeutschen Staates im Mai 1946, „wird vielleicht in Kürze ein solches Übergewicht entstehen, daß die Russen daraufhin bis zur Oder nachgeben.“¹⁵ Kurt Schumacher schätzte den Zeitrahmen pessimistischer ein; er sprach im Mai 1947 vor dem SPD-Parteivorstand von einem „schweren und vermutlich langen Weg“ zur deutschen Einheit.¹⁶ An die Magnetwirkung eines wirtschaftlich gesunden und politisch starken Westens glaubte freilich auch er, und mit der Zeit betäubten immer mehr Westdeutsche ihr Unbehagen am Westintegrationskurs mit dem Palliativ dieser Überzeugung.

Entfremdung auf gut deutsch

Was diese Entwicklung für unsere Fragestellung bedeutet, wird klar, wenn man sich vor Augen führt, was die Geschichtswissenschaften im systematischen Vergleich über das Phänomen der Nationen herausgefunden haben. Nationen, so wissen wir, sind keine überzeitlichen Größen, keine ethnischen und kulturellen Konstanten, die die Wechselfälle der Geschichte überdauern. Wenn aus ethnischen, kulturellen und/oder herrschaftsverbandlichen Gemeinsamkeiten eine Nation werden soll, bedarf es vielmehr eines politischen Willens und eines, wenn auch nur vage definierten gesellschaftlichen Projekts, das mobilisiert und zugleich integriert. Ernest Renan hat dafür den pathetisch überhöhten Begriff der „Solidargemeinschaft“ geprägt und zugleich betont, daß sie immer wieder erneuert werden müsse, wenn sie Bestand haben solle. Ich zitiere aus seinem berühmten Vortrag an der Sorbonne im März 1882: „Eine Nation ist eine große Solidargemeinschaft, die durch das Gefühl für die Opfer gebildet wird, die erbracht wurden und die man noch zu erbringen bereit ist. Sie setzt eine Vergangenheit voraus und läßt sich dennoch in der

Gegenwart durch ein greifbares Faktum zusammenfassen: die Zufriedenheit und den klar ausgedrückten Willen, das gemeinsame Leben fortzusetzen. Die Existenz einer Nation ist (man verzeihe mir diese Metapher) ein tägliches Plebiszit, wie die Existenz des Individuums eine ständige Bekräftigung des Lebens ist.“¹⁷

Es kann kein Zweifel sein, daß es nach dem Zweiten Weltkrieg am „plebisците de tous les jours“ gefehlt hat, was die Fortsetzung des kleindeutschen Nationalstaats westlicher Prägung betraf. Zunächst war der deutsche Nationalismus nach der Verstrickung in die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes gelähmt. Instinktive Vorsicht gegenüber der Allgewalt der Siegermächte, vielfache Unsicherheit, ob die bisherige Orientierung, die zu einer weitgehenden Identifikation mit dem Nationalsozialismus geführt hatte, denn richtig gewesen war, und – wenn auch nur bei einer Minderheit – Scham über die Untaten, deren Ausmaß erst allmählich deutlich wurde, ließen eine klare Artikulation des Nationalgefühls nicht mehr zu. Danach entwickelte sich in den Westzonen aus der Verantwortung für die engeren Lebenskreise und der zunehmenden Furcht vor der sowjetischen Gefahr – zunächst zögernd, aber dann mit zunehmender Geschwindigkeit – ein Plebiszit für den Weststaat in der westlichen Staatengemeinschaft. Erst in einem dritten Schritt, als der Wiederaufstieg an der Seite der Westmächte Konturen annahm, kam das Deutsche Reich von 1871 wieder in den Blick – freilich nur als mentale Zielvorgabe, die den Solidaritätsbruch, der in der Westoption steckte, zu überdecken half und nicht als Handlungsanleitung, sie noch einmal in Frage zu stellen.

Die Folge davon war ein Auseinandertreten von Sein und Bewußtsein, von Taten und Worten. Die Solidargemeinschaft aller Deutschen blieb zwar als Idee erhalten, sie erschöpfte sich aber in der Praxis in



Plakat der SED gegen den von der Bundesrepublik erhobenen Alleinvertretungsanspruch aus dem Jahre 1954.

Quelle: Deut. Hist. Museum: Deutschland im Kalten Krieg 1945 bis 1963. Berlin 1992.

der Verweigerung der Anerkennung des SED-Regimes, in Päckchen nach Drüben und in der Unterstützung für die Flüchtlinge. Die Bereitschaft, eigene Risiken einzugehen, um der höchst ungleichen Verteilung der Kosten für den verlorenen Krieg und für die Verbrechen der Vergangenheit abzuwehren, tendierte gegen Null. Die Gesellschaft der Bundesrepublik entwickelte sich zu einer Staatsnation, die keine sein wollte und die gerade darum immer wieder in Orientierungskrisen geriet.

Für die Bevölkerung der DDR ergab sich daraus eine doppelte Heimatlosigkeit: Das Plebiszit für den Weststaat konnte sie nicht mitvollziehen und das Plebiszit für den erzwungenen Sozialismus im Osten wollte sie nicht mitvollziehen, jedenfalls in ihrer Mehrheit nicht. Zu einer Staatsnation konnte sie damit noch viel weniger werden als die Bevölkerung der Bundesrepublik, obwohl das Regime gerade dies seit den späten 60er Jahren angestrengt als erreicht behauptete. Vom westlichen „way of life“ fasziniert und zugleich daran gehindert, sich als Gesellschaft zu artikulieren, schwankte sie vielmehr zwischen Solidaritätseinforderung und trotzigem Beharren auf dem Eigenen hin und her, ohne eine klare gesellschaftliche Perspektive zu entwickeln. Viele stellten das Nachdenken über eine künftige Gesellschaft auch ganz ein.

Das westdeutsche Votum für den Weststaat führte somit nicht zur Konstituierung von zwei deutschen Nationen, wie manche voreiligen Beobachter seit den 70er Jahre meinten, wohl aber zu zwei höchst unterschiedlichen Gesellschaftsverfassungen und Bewußtseinslagen, die ein unreflektiertes Wiederanknüpfen an den Nationalstaatsbegriff des Deutschen Reiches nicht mehr erlauben. Wer es, vom Begriff der „Wiedervereinigung“ irregeleitet, dennoch versucht, landet unweigerlich bei den deutsch-deutschen Neurosen. Die Deutschen aus Ost und West werden einander viel erzählen müs-

sen, und zwar nicht nur über IM-Verstrickungen und geheime Ostkontakte, wenn die Selbstverständigung der größeren gewordenen Bundesrepublik auf ein gesellschaftliches Projekt gelingen soll.

Summary

The fact that Germans in East and West became estranged has its reason not only in a 40-year-affiliation to contrary systems of society. At least as relevant was a process of dissolidarity beginning with the collapse of the German national state in 1945. Politicians in the Western Zones took responsibility for a new communal order being protected by their occupying power, not regarding the effects on the Eastern Zone. Appeals made to the Germans' unitary tendencies were drowned out by a diffuse fear of Soviet Communism.

This fear, as Eastern record-offices show today, was groundless. Stalin neither wanted Communism in Germany nor partition. Instead he aimed at a civic-democratic political system in Germany, that protected him from an imperialist Western block and that guaranteed him reparations to be paid. The West Germans avoided to take a closer look. They instinctively preferred to belong to the Western states and drowned the immanent break of solidarity with the somewhat hazy hope for a ceasing Soviet power. The nation as a "daily plebiscite" (Ernest Renan) became seriously damaged.

Der Autor:

Wilfried Loth studierte Germanistik, Geschichte, Philosophie und Erziehungswissenschaften in Saarbrücken. Nach Staatsexamen, Promotion und Habilitation wurde er 1984 auf eine Professur für Politische Wissenschaften an die Freie Universität Berlin berufen. 1985 folgte der Ruf auf eine Professur für Politische Wissenschaften an der Universität

Münster. Seit 1986 ist er ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Universität GH Essen, seit 1993 zugleich Präsident des Kulturwissenschaftlichen Instituts im Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen.

Literatur:

– Wilfried Loth: Ost-West-Konflikt und deutsche Frage. Historische Ortsbestimmungen. München 1989.
– Wilfried Loth: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994.

Anmerkungen:

- 1) Zitiert nach Hans-Peter Schwarz: Adenauer: Der Aufstieg 1876–1952. Stuttgart 1986, S. 457–459.
- 2) Ebenda, S. 461.
- 3) Zitiert nach Klaus Sühel: Kurt Schumacher und die Westzonen-SPD im Vereinigungsprozeß. In: Dietrich Staritz/Hermann Weber (Hrsg.): Einheitsfront – Einheitspartei. Köln 1989, S. 108–128, hier S. 118.
- 4) Aktennotiz: Adenauers vom 9. 10. 1945 über ein Gespräch mit Vertretern des News Chronicle und der AP. In: Hans-Peter Menning (Bearb.): Adenauer. Briefe 1945–1947. Berlin 1983, S. 124.
- 5) Ebenda, S. 130 f.
- 6) Ebenda, S. 191.
- 7) Ausarbeitung vom 31. 10. 1945. In: Konrad Adenauer: Erinnerungen. Bd. 1. Stuttgart 1965, S. 39 f.
- 8) Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994, S. 50 f.
- 9) Ebenda, S. 68.
- 10) Zitiert nach Hermann Graml: Zur Frage der Demokratiebereitschaft des deutschen Bürgertums nach dem Ende der NS-Herrschaft. In: Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.): Miscellanea. Festschrift für Helmut Krausnick. Stuttgart 1980, S. 162 f.
- 11) Berichtet bei: Erich W. Gniffke: Jahre mit Ulbricht. Köln 1966, S. 298.
- 12) Besprechung in Moskau am 4. 5. 1950. In: Badstübner/Loth: Wilhelm Pieck (Anm. 8), S. 346 f.
- 13) Wolfgang Schollwer: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. München 1988, S. 40.
- 14) Aufzeichnung vom 17. 6. 1948. Ebenda, S. 57.
- 15) Zitiert nach Werner Abelshäuser: Zur Entstehung der „Magnet-Theorie“ in der Deutschlandpolitik. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 27 (1979): 660–679.
- 16) Zitiert nach: Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit. Bonn 1953, S. 26.
- 17) Ernest Renan: Œuvres complètes. Bd. 1. Paris 1947, S. 887–906, hier S. 904.



Titel einer um 1962 erschienenen DDR-Broschüre zum Mauerbau und dem dadurch geänderten Grenzverkehr in Berlin.

Quelle: Deut. Hist. Museum: Deutschland im Kalten Krieg 1945 bis 1963. Berlin 1992.